

Forschung am Scheideweg

Bei der Forschungsförderung an Unternehmen liegt Österreich im internationalen Vergleich an der Spitze. Doch die Universitäten sind krass unterfinanziert, Sozialwissenschaftler haben prekäre Arbeitsverhältnisse und Kritiker am System mag man nicht.



Margarete Endl

Der „Jubelfonds“ hatte das Projekt des Instituts für Konfliktforschung bewilligt. Für die Projektleiterin Karin Stögner war es wahrlich ein Grund zum Jubeln, obwohl die bewilligte Summe knapp zwei Drittel der beantragten betrug. „Jubelfonds“ steht für Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank.

Karin Stögner forscht zu „Antisemitismus und Finanzkrise“ und untersucht österreichische Printmedien, ob sie auf einen antisemitischen Diskurs zurückfallen. In den USA gab es solche Beobachtungen – das brachte Stögner auf die Idee, dies auch in Österreich zu untersuchen.

Das Forschungsprojekt, das bis Jänner 2011 dauert, sichert die Hälfte von Stögners Lebensunterhalt. Die andere Hälfte finanziert sie über ein EU-Forschungsprojekt an der Central European University of Budapest. Stögner hat Soziologie, Geschichte, Anglistik und Romanistik studiert. Seit zehn Jahren arbeitet sie in prekären Arbeitsverhältnissen. Sie ist zwar angestellt, muss ihre Forschungsprojekte aber selber aufstellen. Hat sie kein Projekt, wird ihr gekündigt. Das ist die ganz normale Realität für viele Sozialwissenschaftler in Österreich.

Studie geheim gehalten

Nun könnte man der Meinung sein, dass Sozialwissenschaften Luxus sind. Doch selbst wer so denkt, wagt es zumindest nicht laut zu sagen. Möglicherweise geht es bei solchem Aushungern nicht um Sozialwissenschaft per se, sondern gegen kritische Stimmen aller Art.

Dieser Gedanke liegt angesichts vieler Vorkommnisse nahe. So hielt das Wissenschaftsministerium eine Auftragsstudie fünf Jahre lang geheim. In der Studie wurde die finanzielle Ausstattung von Universitäten in Wien, München, Darmstadt und Zürich verglichen. Ergebnis: Die Wiener Unis waren sehr arm.



Das ideale Menü für Sozialwissenschaftler. Eigentlich für Kritiker aller Art geeignet. Bei Bedarf ist es auch in der Kantine des Wirtschaftsforschungsinstituts einzuführen. Foto: Photos.com

Statt mehr Geld für die Universitäten zu fordern, sperrte das Ministerium die Studie in den Keller.

Seltsames passierte auch zwischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und Industriellenvereinigung (IV). Im Juni 2009 wurde bekannt, dass die IV ihren Beitrag von 235.000 Euro jährlich an das WIFO auf 100.000 Euro kürzte und Raiffeisen seinen 74.000 Euro-Beitrag überhaupt strich, weil einige WIFO-Experten zu „links“ wären.

In diesem Frühjahr trat Knut Consemüller, Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, als Briefeschreiber in Erscheinung. Er schrieb an die Geschäftsführer des Joanneum Research – in ihrer Funktion als Chefs des Forschungsexperten Andreas Schibany. Dieser sei mit „bewusst gewagten Statements“ an die Öffentlichkeit getreten, statt seine Arbeit „im kleinen fachlichen Kreis“ zu diskutieren – und habe „indirekt Forschungspolitik zu betreiben“ gedacht. Der Brief ging auch an einige Ministerien – und dankenswerterweise an die Öffentlichkeit (siehe *FWF-Magazin info Nr. 73*).

Schibany hatte aufgezeigt, dass die staatliche Forschungsförderung an Unternehmen überproportional hoch im Vergleich zur Universitätsförderung ist und durch die Finanzkrise noch weiter gestiegen ist. Jeweils 7,5 Mrd. Euro betrug 2008 und 2009 die gesamten F&E-Ausgaben in Österreich. Als die Finanzkrise zuschlug, stoppten viele Unternehmen ihre Forschungsprojekte, weshalb die F&E-Ausgaben der Unternehmen 2009 um drei Prozent sanken, während die des Bundes um fünf Prozent stiegen.

In vielen Gesprächen konnte man 2009 hören, dass die diversen Fördertöpfe lange nicht ausgeschöpft wurden. Im Endeffekt zahlte die Forschungsförderungsgesellschaft FFG 2009 rund 378 Mio. Euro aus, 2008 waren es 366 Mio. Euro.

Das Selbstbild angepatzt

Doch Schibany's „Vergehen“ sind wohl grundsätzlicher Natur. In seinem Working Paper „Der hinkende Frontrunner“ hat er das Selbstbild des offiziellen Österreich als „Frontrunner“ in der Forschung angepatzt. Zwar liege Österreich

im Ranking des European Innovation Scoreboard (EIS) von 2008 an sechster Stelle. Auf dieses Ranking berufen sich Forschungspolitiker, wenn sie davon reden, dass Österreich international aufhole.

Schibany stellte dem EIS eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2009 gegenüber. Da liegt Österreich von 17 Ländern an 13. Stelle. Nur bei der staatlichen F&E-Förderung an Unternehmen liegt es an der Spitze. Beim gesellschaftlichen Innovationsklima – Toleranz, Einstellung zu Frauen, Einstellung zu Technik – liegt Österreich an letzter Stelle.

Zurück auf die Kriechspur?

Der Wissenschaftsfonds FWF, der Grundlagenforschung an Universitäten finanziert, ist wiederum über ministerielle Einsparungen äußerst besorgt. 2009 sanken die bewilligten Mittel auf 147,6 Mio. Euro, 2008 betrug sie noch den Rekordwert von 176 Mio. Euro. „Zurück auf die Kriechspur?“, titulierte der FWF seinen Lagebericht 2009. Heuer heißt es: „Am Scheideweg“. Noch hofft der FWF auf Einsicht.